Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 45 (1951)
Heft: 9

Artikel: Wege zum Frieden : Teil I
Autor: Kramer, Hugo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139525

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

des Meisterwortes brennen: «Trachtet aber zuerst nach der Herrschaft Gottes und seiner Gerechtigkeit.» Das Leben dieses Glaubens nährt sich und wirkt aus dem Geist des Gottes, der Gerechtigkeit und Frieden schafft, der seine Söhne und Töchter zu seinem Werke ruft, der seine milde Hand noch auftun wird zur Barmherzigkeit über allen Völkern. «Laßt nun uns gehen, einhergehen in seinem Licht!» Darin faßt sich die Verheißung des Propheten zusammen. «Ich bin das Licht der Welt» sagt der Christus des Reiches Gottes, und «Ihr seid das Licht der Welt» ruft er denen zu, denen die Verheißung zur Umkehr und zum Glauben wird für sich und die Welt. *Albert Böhler.*

Wege zum Frieden

I.

Es ist nötig, die allbeherrschende Frage unserer Zeit, die Friedensfrage, auch in den «Neuen Wegen» immer wieder von Grund auf neu zu erörtern und zu durchdenken. Die folgenden Betrachtungen wollen nur als Beitrag zu dieser Diskussion aufgefaßt sein, an der sich hoffentlich unsere Freunde recht lebhaft beteiligen werden.

Das gegebene Werkzeug der Friedensschaffung wäre natürlich die Organisation der *Vereinten Nationen* (United Nations Organization, UNO). Dies, obschon die UNO, anders als der Völkerbund, keine allumfassende internationale Rechtsordnung im eigentlichen Sinn sein wollte, sondern nur ein Zweckverband zur vorläufigen Verhinderung eines neuen Weltkrieges, wobei die fünf Großmächte die Führung haben sollten und ihre Einigkeit die entscheidende Bedingung für die Erreichung des Organisationszweckes wäre. Man weiß, daß diese Bedingung nicht erfüllt wurde. Die Einigkeit der fünf Großen ist schon verhältnismäßig bald in die Brüche gegangen – die einen sagen, weil die Sowjetunion, kaum der Zerstörung durch das nazistische Deutschland entgangen, ihrerseits den Weg eines aggressiven Imperialismus beschritten habe, die andern glauben, weil die Vereinigten Staaten und die gleichgerichteten Kräfte in der übrigen Welt die Politik der gegenrevolutionären Intervention wieder aufgenommen hätten, die sie schon seit dem Ende des ersten Weltkrieges betrieben und insbesondere in Zusammenarbeit mit dem internationalen Faschismus planmäßig fortgesetzt hätten, bis Hitlers Unverstand sie wenigstens vorübergehend an die Seite der Sowjetunion gezwungen habe.

Wie dem auch sei – die UNO ist jedenfalls ihrem ursprünglichen Zweck völlig entfremdet worden und hat sich mehr und mehr in ein Werkzeug der Politik der *Vereinigten Staaten von Amerika* verwandelt, die dank ihren wirtschaftlichen und militärischen Riesenkräften die beherrschende Macht innerhalb des Kreises der UNO-Staaten geworden

sind. Die amerikanische Politik aber ist wesentlich auf die Erhaltung und Stärkung der bestehenden Gesellschaftsordnung in aller Welt gerichtet, mit dem «freien Unternehmertum» – der privatkapitalistisch-monopolistischen Wirtschaftsweise – als tragendem Grund und innerstem Sinn. Und das heißt, daß sie nicht nur konservativen, sondern ausgesprochen reaktionären und gegenrevolutionären Charakter hat, mit Front gegen alle Bewegungen und Kräfte, die die herrschende Ordnung – auch in den außerkapitalistischen und primitiv-kapitalistischen Ländern – bedrohen oder gar schon zerbrochen haben. Gewiß schwebt auch der amerikanischen Politik die Sicherung eines möglichst lange dauernden Friedenszustandes vor – aber es soll eben ein Frieden sein, der den Interessen der Oberklasse der Vereinigten Staaten (und der ihr gleichgeschalteten Volksschichten) entspräche, ein *amerikanischer* Frieden und dazu einer, der – nach dem großen altrömischen Vorbild – den Widerstrebenden mit überlegener Waffengewalt aufgezwungen werden müsse.

Tu regere imperio populos, Romane, memento ...
Parcere subjectis et debellare superbos.

(Du, Römer, trachte die Völker durch dein Machtwort zu regieren ..., die Unterworfenen zu schonen und die Hochmütigen niederzukämpfen), wie der imperialistische Staatsdichter Vergil in den hallenden Schlußversen seiner «Aeneis» die Herrenklasse seines Landes ermahnte.

Natürlicherweise kehrt sich die amerikanische Weltpolitik vorab gegen die als zerstörerisch-revolutionär empfundene *Sowjetunion* und neuerdings kaum minder gegen das kommunistische *China*. Ihr offen verkündetes Mindestziel ist die Zurückwerfung der Sowjetmacht auf den Bereich des eigentlichen Rußlands und die Eindämmung der kommunistischen Weltbewegung hinter nie wieder zu überschreitende Machtgrenzen. Es gelte, so formulierte es schon 1946 George Kennan, einer der ersten Schrittmacher dieser «Containment»-Politik, durch wirtschaftlichen und militärischen Druck von außerhalb der Sowjetwelt her «Kräfte zu fördern, die schließlich entweder in der Zerschlagung oder in der allmählichen Aufweichung der Sowjetmacht ihre Auswirkung finden müssen».

Die ganze amerikanisch-westmächtliche Weltpolitik seit der Verkündung der Trumandoktrin ist von diesem Grundgedanken beherrscht. Und die ganze «Friedenspolitik» auch der nichtamtlichen kriegsgegnerischen Kräfte, insbesondere der sozialdemokratischen Parteien, der nichtkommunistischen Gewerkschaften und der meisten pazifistischen Vereinigungen, ist mehr oder weniger vom gleichen Geiste beseelt. Zum mindesten wird von diesen «Friedenskämpfern» kein ernster Widerstand gegen die amerikanische Pazifizierungspolitik geleistet und die Wucht der kapitalistischen Kriegskräfte verhängnisvoll unterschätzt, wenn nicht einfach ignoriert.

Was ist aber, so muß man fragen, das bisherige Ergebnis des großen Versuches, der weiteren Ausbreitung der sozialen Revolution mit

militärisch-wirtschaftlicher Machtentfaltung zu wehren? Statt einer eigenen Antwort wollen wir wenigstens auszugsweise wiedergeben, was die amerikanischen Quäker in ihrer neuen Denkschrift «Schritte zum Frieden» – wir haben sie bereits in der Weltrundschau des Juniheftes erwähnt – darüber zu sagen haben.

«Gewinnt uns», so fragen sie, «unsere gegenwärtige Politik die Freundschaft und das *Vertrauen anderer Völker und Staaten* in der Welt herum?

... Wenn es zu einer Abstimmung in der UNO kam, haben die meisten Staaten die amerikanische Haltung unterstützt. Das hat uns zu der Annahme geführt, daß unsere Politik die Billigung des Großteils der Welt habe. Wir sind aber geneigt, die harte Tatsache zu übersehen, daß andere Staaten immer mehr Unabhängigkeitsgeist und immer mehr Widerstreben gegen eine Unterordnung unter die amerikanische Führung bekunden. Die Kritik daran, daß unser Hauptinteresse einem Zweiländer-Machtkampf gelte, gewinnt unter den kriegsmüden Europäern rasch an Boden, haben doch manche von ihnen offen heraus erklärt, daß wir mehr auf einen militärischen Sieg als auf das Allgemeinwohl erpicht seien. Unsere aus militärischen Gründen erfolgende Unterstützung Tschiang Kai-sheks und der Franzosen in Indochina verknüpft uns für das Denken der Asiaten mit dem alten, in Unehre gefallenen westlichen Imperialismus, den sie ebenso verabscheuen wie wir.

... Befördert unsere Politik die Sache der menschlichen *Freiheit* und *Wohlfahrt*? Die Amerikaner möchten das gern annehmen, ist es doch ein Hauptgrund dafür, daß sie diese Politik betreiben. In Wirklichkeit gefährdet aber die militärische Eindämmungspolitik gerade die Freiheit, die sie zu verteidigen sucht, und die Demokratie mag recht wohl verloren gehen bei der unerträglich einengenden Wahl zwischen kommunistischer Diktatur und militärischer Tyrannei. Wir vergessen außerdem zu leicht, daß Freiheit für zwei Drittel der Menschheit, die immer noch in einem elementaren Kampf gegen Hunger, Armut und Krankheit stehen, eine andere Bedeutung hat als für uns. Für sie hat Freiheit weithin eine wirtschaftliche Bedeutung: Freiheit von veralteten Bodenbesitz- und Steuersystemen, Freiheit von den erdrückenden Wirkungen der Armut. Sie haben wenig Gelegenheit gehabt, die Bedeutung politischer Freiheit kennenzulernen, und der Kommunismus zieht sie großenteils darum an, weil er in den wirtschaftlichen Begriffen redet, die sie verstehen können ... Kann jemand ehrlicherweise sagen, daß auch bei einem totalen Siege der Vereinten Nationen Freiheit dem koreanischen Volk viel bedeute? Es ist sicher zweifelhaft, ob 800 Millionen Asiaten, die die Vernichtungsbombardemente und die verbrannte Erde in Korea beobachten, viel Geschmack an einer ‚Freiheit' unter solchen Bedingungen haben, was sie auch von ihren gegenwärtigen Regierern halten mögen.

... Auch zu Hause führt unsere Außenpolitik eher zu einer Einschränkung der Freiheit als zu ihrer Erweiterung. All unsere Kriegs-

rüstungen, wie unsere weltweite militärische Eindämmungspolitik sie verlangt, müssen unausweichlich von Zwangsmilitärdienst, Reglementierung, hohen Steuern, Zwang zur Gleichschaltung, Regierungskontrollen und Verlust individueller Freiheit begleitet sein . . .

Gibt die militärische Eindämmungspolitik Aussicht, daß wir und andere Länder ein gewisses Maß von *Sicherheit* gewinnen? . . . Wenn jemals Waffen und Macht Sicherheit bieten können, so sollten sich die Vereinigten Staaten im Jahre 1951 sicher fühlen können. Wir haben geographisch die günstigste Lage von allen Staaten der Welt. Wir haben die größte und höchstentwickelte Wirtschaftskraft, die stärkste Flotte, das größte Lager von Atomwaffen und die größten Möglichkeiten, noch mehr davon zu produzieren. Diese Umstände sollten uns zum mindesten ein größeres Sicherheitsgefühl geben als dasjenige, dessen sich die europäischen und asiatischen Länder erfreuen. Und doch ist es eine augenscheinliche Tatsache, daß sich die Vereinigten Staaten nicht sicher fühlen. Ja, wir haben uns seit dem Ende des zweiten Weltkrieges sogar unsicherer gefühlt als irgendwann seit Menschengedenken, trotz dem höchsten Rüstungsstand, den wir jemals in Friedenszeiten erreicht haben.

Sind wir vielleicht die Opfer unserer eigenen Politik? Tragen vielleicht die Rüstungen, die wir im Interesse unserer Sicherheit auf uns genommen haben, selbst zu unserer und der übrigen Welt Unsicherheit bei? Wenn wir rüsten, steigern dann nicht auch diejenigen ihre Rüstungen, die wir am meisten fürchten? . . . Gerade jetzt unterstreicht das Bestehen amerikanischer Militärstützpunkte in fernen Weltteilen die russischen Behauptungen von einer ‚Einkreisung' der Sowjetunion und liefert den Sowjetführern gutes Propagandamaterial im In- und Ausland. Insofern unsere Stützpunkte dazu dienen können, andere Völker von den Kriegsabsichten Amerikas zu überzeugen, sind sie eine Belastung und ein Unsicherheitsfaktor. Überdies kann keine Entfaltung militärischer Macht den tiefsitzenden ideologischen Gegensatz zwischen dem russischen Kommunismus und der westlichen Demokratie lösen. Unsere Unsicherheit kommt von der schnellen Ausbreitung des russischen Einflusses her, aber wir sollten erkennen, daß ein Hauptgrund für diese Ausbreitung die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Argumente des Kommunismus ist. Der wirkliche Streitpunkt ist ideologischer Art, und Ideen werden nicht mit Kugeln umgebracht. Sie werden nur durch die Verwirklichung besserer Ideen überwunden.»

In der Tat: weit entfernt, ein Höchstmaß von Sicherheit gegenüber einem neuen Krieg zu bieten, erzeugen die amerikanisch-westmächtlichen Rüstungen ein Höchstmaß von *Gefahr*, daß dieser neue Krieg eben doch ausbreche. Kriegsrüstungen haben es nun einmal in sich, daß sie, wenn sie (mehr oder weniger) fertig sind, auch angewandt werden wollen. Oder glaubt man, wenn in ein paar Jahren die militärischen Vorbereitungen der Vereinigten Staaten den jetzt erstrebten Stand erreicht haben, daß dann die Rüstungsproduktion eingestellt oder auch nur

wesentlich herabgesetzt werde und Amerika passiv abwartend, sozusagen nur Gewehr bei Fuß, in der Welt stehen bleiben könne? Das ist wirtschaftlich ebenso unwahrscheinlich wie psychologisch. Die Versuchung zum Losschlagen, die schon unter dem Druck MacArthurs und der Aktivistenpartei groß war, wird dann fast unwiderstehlich werden.

*

Vermag nun aber vielleicht *Rußland* den Weg zum Frieden zu weisen? Seine Propaganda behauptet es, indem sie beständig das «Friedenslager» des Sowjetblocks, eingeschlossen China, dem «Kriegslager» des Westblocks gegenüberstellt. Daran ist mindestens soviel richtig, daß die Außenpolitik der Sowjetunion, entgegen der fast allgemeinen Annahme in den Ländern des Westens, nicht auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges – auch nicht für einen irgendwie absehbaren späteren Zeitpunkt – ausgeht, sondern auf die Ermöglichung einer recht langen Periode friedlicher Entwicklung. Im ersten Überschwang der Oktoberrevolution ließen die Führer der jungen Sowjetunion ihrem pazifistisch-internationalistischen Idealismus denn auch frei die Zügel schießen. Die gegenrevolutionäre Intervention der westöstlichen Mächtekoalition brachte sie dann freilich rasch zu einer realistischeren Auffassung der Lage, und neben der bewaffneten Abwehr der ausländischen Einmischung ging eine Zeitlang sogar eine weltrevolutionäre Gegenoffensive der Sowjetunion einher, die der Bedrohung des jungen sozialistischen Staates durch den Sturz der kapitalistisch-feudalistischen Regime selbst ein Ende zu machen suchte. Das Unternehmen scheiterte nur allzu rasch, und die Folge war ein konsequenter Rückzug der Sowjetunion auf sich selbst. Der noch nicht revolutionsreife Kapitalismus der Außenwelt sollte sich fernerhin selber zersetzen und an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehen; inzwischen sollte wenigstens in der Sowjetunion das sozialistisch-kommunistische Experiment planmäßig weitergetrieben werden, den anderen Völkern als Vorbild und Ansporn dienend, wenn sie einmal soweit sein würden, daß auch sie das kapitalistisch-feudale Joch abschütteln wollten.

Beides setzte eine möglichst lange Zeit friedlichen Nebeneinanderlebens der sowjetischen und der außerkommunistischen Welt voraus, und die Abwehr aller kriegerischen Störungen von außen her war darum, besonders in der faschistisch-nazistischen Periode, das ausgesprochene Hauptziel der russischen Außenpolitik. Die große Frage war nur, ob die konservativ-kapitalistischen Staaten der Sowjetunion wirklich diese Chance zu geben bereit wären. Ihre ganze Haltung während der zwanziger und dreißiger Jahre, zuletzt namentlich ihre Zusammenarbeit mit Hitler und Mussolini, schien den Sowjetführern zu beweisen, daß sie dem aus der großen Revolution geborenen neuen Gemeinwesen diese Chance gerade *nicht* geben wollten. Die für die Westmächte selbst be-

drohliche Wendung der deutschen Außenpolitik unterbrach dann freilich unversehens die militant antikommunistische Linie, die sie bisher eingehalten hatten, und führte sie sogar notgedrungen an die Seite der «bolschewistischen Tyrannen», deren Regime Churchill früher als «die ärgste, die zerstörendste und erniedrigendste aller Tyranneien der Geschichte» gebrandmarkt hatte. Aber die alte gegenrevolutionäre Linie der westmächtlich-konservativen Außenpolitik wurde dann, so sahen es wenigstens die Russen, bald nach Kriegsende neuerdings aufgenommen, wobei die sowjetfeindliche Front durch die zur ersten Weltmacht aufgestiegenen Vereinigten Staaten eine gewaltige, entscheidende Verstärkung erhielt. Die russische Antwort war die Aufrechterhaltung und der Ausbau eines Systems militärischer Machtsicherungen, das die höchstmögliche Garantie gegen die Wiederholung eines westmächtlichen Angriffs auf die Sowjetunion bieten sollte. «In Osteuropa geschieht das», um mit Professor Carr zu sprechen («Sowjetrußland und der Westen», S. 132 f.),

«in der Form, daß man einen breiten Schutzgürtel befreundeter Staaten zu schaffen sucht, der alle feindlichen Einflüsse von der Sowjetunion fernhalten soll... Die Erfahrung der ersten Revolutionsjahre, als diese Länder als Ausgangsbasis für die Entfesselung des Bürgerkrieges gegen das Sowjetregime mit Rückendeckung durch die Westmächte benutzt wurden, steht den Russen noch deutlich vor Augen. Diese Gebiete sind für die Sowjetunion heute dasselbe wie die Monroedoktrin für die Vereinigten Staaten, die Niederlande für Großbritannien oder die Rheingrenze für Frankreich.»

Wobei immer festzuhalten ist, daß die Westmächte in den Abmachungen von Teheran, Jalta usw. das Recht der Sowjetunion, sich auf diese Weise zu sichern, ausdrücklich anerkannt haben. Osteuropa und der Balkan nordwärts von Griechenland – so wurde zwischen Washington, London und Moskau vereinbart – sollten als zur russischen Sicherheitszone gehörig gelten, während Westeuropa, Italien und der Mittelmeerraum, eingeschlossen Griechenland, als Teile der anglo-amerikanischen Sicherheitszone erklärt wurden.

Vom Standpunkt der überlieferten Machtpolitik aus ist so das sowjetische Sicherheitsstreben mit allem, was dazu gehört, grundsätzlich nicht zu beanstanden. Zu beanstanden ist es erst, wenn man sich auf den Boden einer *radikalen Friedenspolitik* stellt, die den Grundsatz der Friedenssicherung durch Kriegsrüstungen, also durch Gewaltdrohung und gegebenenfalls Gewaltanwendung, verwirft und die einzig wirksame Landesverteidigung und Existenzsicherung für ein Volk in der Verwirklichung von Gerechtigkeit, Menschenwürde und Freiheit sieht. An diesem Maßstab gemessen kann auch die Friedenspolitik der Sowjetunion nicht bestehen. Sie arbeitet ja ebenfalls mit den Mitteln militärischer und wirtschaftlicher Machtpolitik, hat alle Methoden der alten und neuen Diplomatie und Propaganda übernommen, einen gewaltigen Militärapparat aufgebaut, einen oft primitiv, ja lächerlich anmutenden Nationa-

lismus entwickelt und allen wirklichen Internationalismus und Pazifismus als «bürgerlichen Kosmopolitismus» aufs strengste verpönt[1].

Daß die sowjetrussische Großmachtspolitik im Dienste der sozialen Revolution ausgeübt wird oder doch als deren Zwecken dienend aufgefaßt werden will, macht die Sache nicht besser, sondern schlechter; was bei kapitalistisch-imperialistischen Großmächten normal und konsequent ist, das muß bei einem Regime, das die alte Welt der Gewalttätigkeit, des Unrechts und der nationalen Selbstsucht überwinden zu können beansprucht, als unerträglicher Widerspruch zu seinen Grundbekenntnissen und höchsten Zielen wirken. Gewiß ist diese ganze Entwicklung der Sowjetunion zur hochgerüsteten Großmacht alten Stils unter dem schwersten Druck äußerer Kriegsdrohung und Kriegführung erfolgt. Aber sie wäre dennoch entscheidend gemildert oder gar gänzlich abgestoppt worden, hätte ihr nicht die typisch bolschewistische Auffassung des Kampfes um den Sozialismus als eines militärischen Machtkampfes wirksamsten Vorschub geleistet. Denn wenn auch die Idee der gewalttätig-kriegerischen Weltrevolution längst aufgegeben worden ist und das Schwergewicht der sowjetischen Politik seit Trotzkijs Ausschaltung und Stalins Aufkommen durchaus auf der Entfaltung des Sozialismus in *einem* Lande liegt, so beherrscht doch die Furcht vor der Störung, ja Zerstörung des sozialistischen Aufbauwerkes im Sowjetreich durch kriegerischen Eingriff der kapitalistisch-imperialistischen Außenwelt, entsprechend einem leninistischen Dogma, so sehr das ganze Denken der russischen Staatsführung, daß daraus fast eine fixe Idee geworden ist, auf jeden Fall aber ein geradezu krankhaftes Mißtrauen, das zu zahlreichen und oft verhängnisvollen Fehlhandlungen geführt hat. Der Stalin-Hitler-Pakt, die rein negative Haltung der Sowjetunion gegenüber dem Marshallplan, zum Teil auch die Deutschlandpolitik Moskaus und nicht zuletzt die starre Rechthaberei Gromykos und seiner Auftraggeber an der Pariser Konferenz zur Vorbereitung einer Tagung der «Großen Vier» sind nur wenige Beispiele dafür.

Die Ergebnisse der militärisch-machtmäßigen Friedenspolitik der Sowjetunion sind denn auch alles andere als erfreulich. Vor allem ist, auch wenn wir jetzt nur die Zeit seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in Betracht ziehen, die Sicherheit der Sowjetunion dadurch nicht erhöht, sondern andauernd vermindert worden. Die Aufrechterhaltung einer wenigstens mannschaftsmäßig gewaltigen russischen Streitmacht in Ost-

---

[1] Im sowjetischen Fremdwörterbuch von Liekhin und Petrow (Moskau, Staatsverlag, 1949, Seite 484) wird «Pazifismus» also erläutert: «Bourgeoise Bewegung, die sich jedem Krieg widersetzt. Indem sie sich heuchlerisch hinter dem Wort Pazifismus verkriechen, sträuben sich diese Reaktionäre gegen Kriege der nationalen Verteidigung, Kriege der Revolution, Bürgerkriege und andere gerechte Kriege, deren Ziel es ist, die Völker aus der kapitalistischen Versklavung zu befreien, die Kolonialländer und die von der kapitalistischen Unterdrückung abhängigen Gebiete zu befreien ... So trägt die Politik der Pazifisten zu den ungerechten kriegerischen Aggressionen der Imperialisten bei.»

europa und die immer straffere Zentralisierung und Disziplinierung des ganzen Ostblocksystems – die dann zum Ausbruch Jugoslawiens geführt hat – haben denjenigen Kräften im Westen, die auf die gewaltsame Zurückdrängung der Sowjetmacht und des kommunistischen Einflusses ausgehen, den willkommenen Vorwand geliefert, um ihr weitgespanntes Unternehmen als bloße Vorbeugung gegen eine geplante kriegerische Welteroberung durch den «kommunistischen Imperialismus» auszugeben. Die Gefahr, daß der so in Gang gekommene kalte Krieg über kurz oder lang in den heißen umschlägt, wird so von Monat zu Monat größer – und die Sowjetunion trägt mit *ihrer* «Friedenspolitik» eine nicht geringe Verantwortung dafür. Ja, die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß Rußland es gar nicht so weit kommen lassen wird, daß ihr eines Tages von einem fertig gerüsteten Westblock – eingeschlossen Westdeutschland – nur mehr die Wahl gelassen wird, entweder vor den ultimativen Forderungen der «freien Völker» zu kapitulieren oder aber einen Krieg anzunehmen, den sie auf keinen Fall gewinnen könnte. Die Gefahr, daß die Sowjetunion auf diese Art zum Losschlagen in dem *ihr* noch verhältnismäßig günstig erscheinenden Augenblick veranlaßt werden könnte, wird jedenfalls von verantwortlich denkenden Menschen im Westen völlig ernst genommen.

Die Machtpolitik der Sowjetunion fordert die westliche Welt um so mehr zu noch schlagkräftigerer eigener Machtpolitik heraus, als sie trotz Verzicht auf den Export der Revolution durch Krieg die Begünstigung von Revolutionen, die aus den Verhältnissen in anderen Ländern selbst herauswachsen, keineswegs ausschließt. Man denke etwa an Korea! Die Gelegenheit, an solchen Beispielen die «Hand Moskaus» allem Volk schreckhaft sichtbar zu machen, wird jeweilen von der Gegenpropaganda bis zum letzten ausgenützt, und das Ergebnis ist eine weitere Vertiefung der Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion mit nachfolgender Verstärkung der Druck- und Drohmittel in der Hand der Westmächte. Der Koreakrieg, der einfach als das Werk des «roten Imperialismus» ausgegeben wurde, hat ja erst die Inangriffnahme des ungeheuren Rüstungsprogramms ermöglicht, mit dessen Ausführung die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten jetzt beschäftigt sind.

Um wieviel gesicherter stünde heute die Sowjetunion da, wenn sie, statt als Gönner aller irgendwo in der Welt vor sich gehenden *gewaltsamen* Revolutionen zu erscheinen, ihre ganze Aufmerksamkeit einerseits der Förderung des gesellschaftlichen Umbaus im eigenen Lande, anderseits der friedlichen Hilfe an die in der sozialen Neugestaltung begriffenen anderen Völker widmete! Der Kapitalismus und Feudalismus braucht ja gar nicht erst gewaltsam erschüttert zu werden; er *ist* schon *abbruchreif* (wenigstens in Westeuropa, Südamerika und Asien) und wird nur künstlich noch durch die Furcht gestützt, die der tägliche Hinweis auf das «hochgerüstete, sprungbereite Rußland» in den Völkern wachhält. Abrüstung und Durchführung einer Art Gegen-Marshallplan-

hilfe an die Völker, die einer sozialistischen Ordnung zustreben – *das* wäre eine Friedens- und zugleich Revolutionspolitik, gegen die alle gegenrevolutionäre Machtentfaltung nicht mehr aufkäme.

Keine Angst, daß darüber die Verteidigung der Sowjetunion zu kurz käme! Gewiß liegt auf diesem Weg ein Risiko. Aber ist etwa das Risiko geringer, das die militärische Macht- und Sicherheitspolitik in sich schließt? Es ist in Wahrheit unvergleichlich größer. Das Leben der Sowjetunion mit allem, was hinter ihr steht, ist auf dem Weg der Kriegsrüstungen sogar ganz unmittelbar bedroht, sind doch die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten militärisch und wehrwirtschaftlich den Ländern des Ostblocks bei weitem und auf der ganzen Linie überlegen. Die ständige Kriegsbereitschaft zwingt überdies die Sowjetunion zu einer Vernachlässigung der Friedensproduktion und der Versorgung des Volkes mit Gütern des täglichen Verbrauchs in einem Maße, das der werbenden Kraft der sozialistischen Wirtschaft aufs schwerste abträglich ist. Und sie veranlaßt sie nicht zuletzt zu jener Aufrechterhaltung, ja Verschärfung der innerstaatlichen Diktatur, die von jeher der feindlichen Propaganda die wirksamsten Waffen geliefert hat, so wahr es auch ist, rein sachlich, daß ein Regime der Unfreiheit und des Terrors im Innern kein wirksamer Schutz vor Angriffen von außen sein kann. Wir haben die zivile und militärische Diktatur, unter der auch die Schweiz im Kriege stand, immer als Schwächung, nicht als Stärkung der Landesverteidigung bezeichnet und bekämpft!

Hugo Kramer.

(Schluß folgt.)

Neue Wehrhaftigkeit*

Die Lage

Vor einigen Jahren erschien in der holländischen Wochenzeitschrift «De Groene Amsterdammer» eine Zeichnung, welche die internationale Lage widerspiegelte. Man konnte zwei Schiffe sehen, das eine hieß «Sowjetrußland», das andere «Amerika», und dazwischen fuhr ein kleines Boot, sehr bedroht, «West-Europa», und alle zusammen fuhren sie auf den wilden Wogen der See, die «Furcht» und «Mißtrauen» genannt waren.

Seit 1948 hat sich die Lage nicht verbessert. Und als im Jahre 1951 Miß Sarah Chakko, die Präsidentin des Isabella-Thoburn-Colleges in Lucknow (Indien) über ihre Besuchsreise durch Europa und die Vereinigten Staaten berichtete, sagte sie: «Der alles beherrschende Faktor, der jedem Reisenden, der nach Europa oder Amerika kommt, auffällt,

* Vortrag, gehalten an der Jahresversammlung der Religiös-Sozialen Vereinigung der Schweiz, Zürich, 17. Juni 1951.